

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
KAL-Gemeinderatsfraktion	Termin:	21.01.2014
vom: 13.11.2013	Vorlage Nr.:	2013/0220
eingegangen: 13.11.2013	TOP:	17
	Verantwortlich:	öffentlich
		Dez. 3
Konzept und Aktion gegen verbale Gewalt im Internet ("Cybermobbing")		

- Kurzfassung -

Von Seiten der Stadt befasst man sich bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema Cyber-Mobbing. Darüber hinaus gibt es verschiedene Angebote bzw. Initiativen, welche die Eindämmung von Cyber-Mobbing unterstützen, so dass es aus Sicht der Verwaltung keiner weiteren, neu zu schaffenden Strukturen bezüglich des Problems Cyber-Mobbing bedarf.

Die Bemühungen der Akteure können durch eine Erklärung beziehungsweise einen Appell des Gemeinderats wirkungsvoll unterstrichen werden.

Anlässlich des 19. Deutschen Präventionstages am 12./13. Mai 2014 im Kongresszentrum wird im Karlsruher Forum für Cybersicherheit das Thema Cyber-Mobbing mit Fachvorträgen bundesweiter Referenten behandelt.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kontierungsobjekt:		Kontenart:			
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Zu Punkt 1 des Antrags

Von Seiten der Stadt befasst man sich bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema Cyber-Mobbing.

So bietet zum Beispiel der Stadtjugendausschuss e. V. über die Medienwerkstatt im JUBEZ Veranstaltungen für Schulklassen dazu an.

Über das beim Kinderbüro angesiedelte Sachgebiet Jugendschutz können sowohl Informations- als auch Fortbildungsveranstaltungen für Eltern, Lehrkräfte und Multiplikatoren zu diesem Thema abgerufen werden (so z. B. "Facebook & Co. vor dem Hintergrund von Cyber-Mobbing und Datensparsamkeit"). Zukünftig soll es auch ein Angebot für Schulklassen geben. Darüber hinaus kann in begrenztem Umfang (keine Klassensätze) Informationsmaterial bezogen werden. In Einzelfällen können sich Eltern zu einer ersten Beratung an das Sachgebiet wenden.

Das Präventionsprogramm '*stark.stärker.WIR. - Prävention an Schulen in Baden-Württemberg*' (<http://www.kontaktbuero-praevention-bw.de/Lde/827668>) wurde nach den Ereignissen von Winnenden und Wendlingen 2009 auf Empfehlung des Expertenkreises Amok im Auftrag des Kultusministeriums entwickelt, vom Landtag beschlossen und wird seit 2012 zügig an allen Schulen in Baden-Württemberg umgesetzt (500 Schulen pro Jahr). Es basiert auf den Prinzipien von Dan Olweus (norwegischer Mobbing-Forscher) und bezieht sich neben Sucht und Gesundheitsförderung auch explizit auf das Thema Gewalt und hier auf Mobbing und Cyber-Mobbing.

Daneben wurde im Jahr 2011 in Karlsruhe das 'Bündnis gegen Cyber-Mobbing' gegründet (<http://www.forum-cybermobbing.eu>). Es setzt sich aus Menschen zusammen, die persönlich von der Thematik betroffen sind, sei es beruflich oder privat, und die gegen Cyber-Mobbing und Gewalt im Netz angehen wollen. Das Bündnis arbeitet überregional und hat prominente Kooperationspartner (z. B. das Bundesfamilienministerium).

Die Akteurinnen und Akteure sind so weit vernetzt, dass bei Bedarf ein Austausch stattfindet. Für regelmäßige Treffen darüber hinaus wurde bislang kein Bedarf angemeldet.

Insofern bedarf es aus Sicht der Verwaltung keiner weiteren, neu zu schaffenden Strukturen bezüglich des Problems Cyber-Mobbing.¹

Zu Punkt 2 und 3 des Antrags

Eine solche Erklärung beziehungsweise ein solcher Appell des Gemeinderats sind ein sinnvolles und wichtiges Signal, welches zeigt, dass für Karlsruhe als Residenz des Rechts und der Bürger- und Menschenrechte die Achtung und Wahrung der Menschenwürde Auftrag und Verpflichtung, aber auch eigenes Anliegen ist.

¹ *Noch ein Hinweis mit Blick auf die Begründung des Antrags der K'her Liste: "Die Annahme, spätere Amoktäter seien in der Schule durch Schüler oder Lehrer außergewöhnlich stark ausgegrenzt oder gemobbt worden bzw. längere Zeit zurückliegend "Opfer" gewesen, trifft in der Regel nicht zu. Allerdings werden aufgrund der anzunehmenden narzisstischen Kränkbarkeit oft alltägliche Kränkungen und Niederlagen im Schulalltag als empfindlich verletzende Ereignisse erlebt und dargestellt." Quelle: Expertenkreis Amok, Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen am 11. März 2009, Seite 8*

Zu Punkt 4 des Antrags

Aufgrund der Architektur des Internets stellt dieser Punkt des Antrags die größte Herausforderung dar.

Bezüglich der sozialen Netzwerke muss man davon ausgehen, dass es sich in der Regel nicht um lokale, sondern um globale Plattformen handelt. So hat z. B. Facebook erst seit kurzem überhaupt eine Niederlassung in Deutschland (Hamburg). Allerdings ist eine persönliche Kontaktaufnahme nicht möglich, da Facebook keine E-Mail-Adresse oder Telefonnummer bereitstellt. Erfahrungen haben gezeigt, dass auf eine Kontaktaufnahme per Brief nur selten eine Reaktion erfolgt.

In Bezug auf die Karlsruher Internet-Lokalzeitung sollte nochmals unterschieden werden zwischen Cyber-Mobbing und Verstößen gegen die Netiquette. Die Recherchen bei kanews und eigene Eindrücke ergaben, dass das zu beobachtende Verhalten der Nutzer und Nutzerinnen eher in Richtung Verstößen gegen die Netiquette geht, als dass es sich um Cyber-Mobbing handelt. Aber auch dies wird von der Redaktion nicht toleriert und es wird bei Kenntnis entsprechend eingegriffen. Zudem gibt es bei jedem Kommentar die Option, diesen der Redaktion zu melden, die umgehend darauf reagiert.

Der Interventionskatalog reicht von der Sperrung eines Nutzers/einer Nutzerin für eine Stunde bis hin zur Löschung seines/ihres Accounts. Hierzu ist allerdings zu sagen, dass sich der Nutzer bzw. die Nutzerin mit relativ geringem Aufwand einen neuen Account erstellen kann.

In Fällen von Cyber-Mobbing kann daneben noch die Schließung bzw. Löschung des entsprechenden Kommentarbereichs eine weitere Maßnahme sein.

Insofern kommt der Betreiber der Internet-Zeitung aus Sicht der Verwaltung seiner Verantwortung entsprechend dem Rahmen seiner Möglichkeiten bereits nach.